
Michael Freund

DIE WELTBEBEUTUNG DER BRITISCHEN WAHLEN

Die britischen Wahlen können an geschichtlicher Bedeutung mit der Berliner Wahl von 1946 verglichen werden, in der sich Berlin zum Widerstand bekannte und es für alle Zeiten den Westmächten unmöglich machte, Berlin preiszugeben, ohne das Gesicht zu verlieren. Eine Niederlage der englischen Arbeiterpartei hätte die Welt von Grund auf umgewandelt. Sie hätte die vollständige Amerikanisierung der westlichen Welt bedeutet, so weit es die wirtschaftspolitische Ideologie angeht. Europa hätte anders ausgesehen, wenn der einzige sozialistisch regierte Großstaat Europas sich eingereiht hätte in die Gemeinschaft der Staaten, die sich - zuweilen unter Beibehaltung vieler planwirtschaftlicher „Sünden“ in der Praxis - zum Grundsatz der freien Wirtschaft bekennen. Es mag richtig sein, dass das Wahlprogramm der englischen Konservativen, wie die „Times“ schreibt, ein „sozialistisches Traktat“ ist und mancher englische Konservative in einigen sozialistischen Parteien des Kontinents auf dem linken Flügel sitzen würde. Der Sieg der Konservativen hätte aber - gewollt oder ungewollt - zum Signal der sozialen Reaktion werden müssen.

Die Konservativen aber haben einen Bergrutsch nicht bewirken können. Die ruhigeren Konservativen haben offenbar sehr viel Menschen in England davon überzeugen können, dass nun der sozialen und sozialistischen Maßnahmen genug getan sei, und dass es gut wäre, dabei eine Pause einzulegen. Konservative Ideologen freilich bekannten sich zu dem Ziel, eine vergeblich abgewirtschaftete Regierung hinwegzufegen, die das englische Volk in die Zwangsjacke der wirtschaftlichen Staatsbevormundung gesteckt habe. Dieser Kreuzzug aber hatte genau so viel Wirkung wie eine Brandfackel, die man auf eine feuchte Wiese schleudert. Der „liberale Furor“, wie ihn manche englische Konservative vertreten, und wie er sich bei einigen kontinentalen Wirtschaftspolitikern zur religiösen Inbrunst gesteigert hat, fand bei den englischen Wahlen wenig Boden, und die atmosphärischen Auswirkungen der britischen Wahlen werden in dieser Hinsicht kaum sehr groß sein.

Dass auch der sozialistische Elan in einem gewissen Ausmaß erlahmt ist, kann kaum bestritten werden. Der umgrenzte Erfolg der Labour Party führt gerade daher, dass die fünf Jahre Regierungspolitik ein ziemlich unbestreitbarer Erfolg sind. Die schreiendsten Übel in England hat die Labourregierung beseitigt. Sozialisert wurde die Kohlenindustrie, die mit ihrer zersplitterten privatkapitalistischen Organisation technisch hoffnungslos veraltet war (eine Anomalie in der modernen kapitalistischen Entwicklung). Verstaatlicht wurde die Eisenbahn, die öffentliche Funktionen ausbeutete, ohne ihnen gerecht zu werden. Der staatliche Gesundheitsdienst beseitigte die skandalös schlechte ärztliche Fürsorge für die Massen (die auf dem übersteigerten Lebensstandard einer Ärzteschaft beruht, die als eine „Zunft“ ihre Zahl bewusst niedrig hält. Die Labour Party hat mit den dringlichsten Dingen begonnen und die Begründung (the case) für die neuen im Wahlprogramm vorgeschlagenen Maßnahmen kann daher nicht mehr so durchschlagend und elektrisierend sein wie die für all diejenigen Dinge, die von der Labour Party in den ersten fünf Jahren vollbracht worden sind.

Das Wahlergebnis bedeutet eine knappe, sogar gefährlich knappe Behauptung der Arbeiterregierung. Wenn man aber überlegt, dass die Regierung fünf Jahre

hindurch unter den schlimmsten Nachkriegswirkungen im Amt gewesen ist, dann ist diese Selbstbeauptung der Arbeiterregierung (auch mit einer verkleinerten Mehrheit) eine so ungeheure Tatsache, dass sie dem kontinentalen Gemüt fast fantastisch und unwirklich vorkommt. Aber die Vollmacht (das Mandat) für die neuen Maßnahmen (etwa die Sozialisierung der Stahlindustrie) ist nicht mehr so scharf ausgeprägt und hervorstechend wie bei den Wahlen von 1945. Es wird Sache der Labourregierung sein zu entscheiden, ob sie ihr „Mandat“ für ausreichend hält. Englische Wahlen sind ja nicht ein Bekenntnis zu den allgemeinen Grundsätzen einer Partei, sondern eine Entscheidung für oder wider ein konkretes Wahlprogramm. Es wäre daher denkbar, dass sich die Labourregierung demnächst wieder mit einem neuen Programm erneut der Nation in einer Wahl stellt. Das Regieren mit einer so geringen Mehrheit - die geringste einer Regierung seit 100 Jahren - ist ohnehin schwierig. Englische Parteien sind keine „Maschinen“. Fast in jeder Partei gibt es fast bei jeder Frage Leute, die eine andere Meinung haben. Die Regierung muss also riskieren, häufiger als es politisch schicklich ist, im Parlament in die Minderheit zu geraten. Das ist nicht nur eine Gefährdung der Regierung selbst, sondern eine Gefährdung ihrer Fähigkeit, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie in der Wahl übernommen hat. Das wiegt in Englands Augen sehr viel. Die unantastbare und unerschütterte moralische Stellung der englischen Arbeiterregierung ruhte vor allem darauf, dass sie Wort gehalten hat und die Wahlversprechungen von 1945 so selbstverständlich und genau eingelöst hat als handle es sich um Wechsel.

Es ist nicht von ungefähr, dass der allgemeine Gewerkschaftskongress vor der Wahl seine Aufforderungen an seine Mitglieder, die Arbeiterpartei zu wählen, nach der eigenen Formulierung gründete auf „die erwiesene Fähigkeit einer Labourregierung, ihre Wahlverpflichtungen zu erfüllen“. Das hat in der Tat eine große Bedeutung gerade für die Gewerkschaften, weil sie ja durch die soziale und politische Entwicklung der letzten Jahre Partner der Regierung geworden sind, und es in der Tat für sie von ausschlaggebender Wichtigkeit ist, ob die Regierung in der Lage ist, ihr Wort einzulösen.

Das ist umso mehr der Fall, als die Gewerkschaften in England einen ziemlich deutlichen Funktionswandel erfahren haben. Der eigentliche Lohnkampf hat in der gewerkschaftlichen Politik der fünf Jahre der Labourregierung fast keine Rolle gespielt. Es hat so gut wie keine offiziellen Streiks gegeben. Die inoffiziellen Streiks, die zuweilen große und wichtige Gruppen der englischen Arbeiterschaft in Mitleidenschaft zogen, ließen allerdings erkennen, dass die Gewerkschaften nur unter viel Spannungen und Rückschlägen sich in die neue Stellung einfügen, die ihnen in einem von Labour regierten England zufällt.

Dieser Funktionswandel der Gewerkschaften muss natürlich jedes Mal eintreten, wenn eine sozialistische Partei die ausschlaggebende Macht im Staat erlangt. Aber nirgends in der Welt fällt die sozialistische Partei so sehr mit den Gewerkschaften zusammen wie in England. Die englische Arbeiterpartei ist ja eine Föderation einzelner Verbände, unter denen die Genossenschaften und Gewerkschaften die überwältigende und erdrückende Mehrheit bilden. Die überwiegende Masse der Gewerkschaftsmitglieder tritt durch den korporativen Beitritt der einzelnen Gewerkschaften in die Arbeiterpartei ein. Man hat zuweilen die Labour Party den politisch und ideologisch überfirissten Gewerkschaftsbund genannt. So weit jetzt schon zu übersehen ist, haben die Wahlen vom 23. Februar nur noch deutlicher gemacht, dass der Schwerpunkt der Labour Party in den Gewerkschaften liegt.

Die Labour Party hat wohl am meisten Stimmen in den Mittelschichten verloren. Vielleicht muss sie in Zukunft gerade deshalb in ihren Zielsetzungen

stärker auf die Mittelschichten Rücksicht nehmen als bisher, weil ohne einen Teil der Mittelschicht die Macht nicht zu haben ist. Soziologisch ist aber in der Labourbewegung ihr gewerkschaftlicher Kern nur umso stärker hervorgetreten.

Bei alledem hat bisher die Labourregierung die Gewerkschaften stärker beherrscht und geführt als die Gewerkschaften die Regierung kontrolliert und beeinflusst haben, so sehr selbstverständlich beide aufeinander angewiesen sind und so sehr sie wechselseitig Rücksicht nehmen müssen, wie es der elementaren Interessengemeinschaft zwischen der Labour Party und den Gewerkschaften entspricht. Aber die Gewerkschaften haben sich grundsätzlich in den Regierungsplan eingefügt und die Verantwortung bejaht, die ihnen im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Regierung obliegt. Zwar haben sich weder die Gewerkschaften noch die Regierung bisher auf den „geplanten Lohn“ festgelegt, der irgendwie in der Konsequenz des planwirtschaftlichen Wirtschaftsaufbaus liegt und den *G. D. H. Cole*, einer der führenden Publizisten der Arbeiterbewegung, auch sehr nachdrücklich vertritt („The intelligent man's guide to the post-war world“, Verlag V. Gollancz, London). Der „geplante Lohn“ hat zunächst eine beschränkte und unkomplizierte (planwirtschaftlichen Kalkulationen ausweichende) Anwendung durch den Lohnstop erfahren. Die Gewerkschaften haben es all die Jahre hindurch auf sich genommen, den Lohnstop als eine Notwendigkeit des geplanten Wirtschaftsaufbaus vor ihren Mitgliedern zu vertreten.

Dahinter lauern alle die verwirrenden und erregenden Fragen, die schon in einer Wirtschaft mit etwas ausgedehnterem „Mitbestimmungsrecht“ der Arbeiter gestellt sind und sich in einem Planungssystem (das von den Gewerkschaften maßgeblich getragen wird) mit unausweichlicher Gewalt aufdrängen. Kann die Arbeiterschaft Lohnkampf führen und streiken gegen Wirtschaftsführungen, an denen sie selber einen maßgeblichen Anteil hat? Können die Arbeiter gegen sich selbst streiken? Man hat die Revolution in einer Demokratie als eine begriffliche Unmöglichkeit angesprochen, weil der Bürger nicht revoltieren könne gegen die von ihm selber eingesetzte Autorität, also gegen sich selbst. In paralleler Weise hat man gesagt, dass der gewerkschaftliche Kampf gegen eine vom Staat geordnete, von den Arbeitern mitgetragene oder gar nationalisierte Industrie eine Persönlichkeitsspaltung der Arbeiterschaft bedeuten muss. Die englischen Gewerkschaften haben sich in diesen Fragen verschieden verhalten. Einzelne Gewerkschaften haben den Anspruch darauf erhoben, an der Führung der nationalisierten Industrien maßgeblich beteiligt zu sein, andere haben eine Vertretung in den leitenden Körperschaften sozialisierter Wirtschaftszweige verweigert, um sich nicht die Hände zu binden.

Aber in einer Weise werden den englischen Gewerkschaften gegenüber einer Labourregierung immer die Hände gebunden sein, solange eben die Gewerkschaften die Labour Party sind und die Regierung „ihre“ Regierung. Die Bindung würde gegenüber einer konservativen Regierung erlöschen und sich abschwächen gegenüber einer Koalitionsregierung der Arbeiterpartei oder auch gegenüber einer Labourregierung, die nicht mit völliger Sicherheit zu planen vermag.

Es liegt auf der Hand, dass die Gewerkschaften ihr Verhältnis zur Labourregierung als einen gegenseitigen Vertrag ansehen. Sie sind häufig genug als die Anwälte der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft aufgetreten. Aber die Gewerkschaften sehen auch die Labourregierung als den Sachwalter der Interessen der Arbeiterschaft an. Sie haben während der letzten fünf Jahre den unmittelbaren sozialen Kampf zurückgestellt gegenüber den staatlich-politischen Aktionsmöglichkeiten, die sie als Labour Party haben. Möglicherweise hätten

es einzelne Wirtschaftler sehr starker Gewerkschaften lieber gesehen, wenn sie durch einen konservativen Sieg ihre „Handlungsfreiheit“ zurückbekommen hätten. Aber der Aufruf des Gewerkschaftsrates am Vorabend der Wahlen lässt deutlich erkennen, dass die Gewerkschaften mehr Zunahme an sozialer Kraft und an Prestige für sich selber durch die Regierungspolitik der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit als durch uneingeschränkte Lohnkämpfe in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression erwarten. Die englischen Gewerkschaften haben sich sehr weit von dem „amerikanischen Stil“ der Gewerkschaftsbewegung entfernt, der sich um des rücksichtslosen Lohnkampfes willen von allen wirtschaftlichen und politischen Bindungen und Verantwortungen frei halten will.

„In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen haben wir durch bittere Erfahrungen die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der sturen und grauenhaften Deflationspolitik anderer Regierungen kennen gelernt... Massenarbeitslosigkeit und eine ideenlose Haltung gegenüber öffentlichen Ausgaben im allgemeinen und der Sozialpolitik im besonderen haben Millionen unseres Volkes auf eine geradezu schandbare Armut herabgedrückt.

Die gegenwärtige Regierung aber hat durch ihre Stabilisierung der Preise den Lohnstandard und die Arbeitsbedingungen gesichert und dadurch die Möglichkeit geschaffen, sie in dieser Hinsicht zu verbessern. Unsere Gewerkschaften haben dadurch ihren Einfluss und ihr Prestige vermehrt.“

Das ist also die Gegenleistung der Regierung dafür, dass die Gewerkschaften Verantwortungen übernehmen und sich die Hände binden lassen. Die gesicherte Arbeit und der gesicherte Lohn sichern auch den Gewerkschaften regelmäßige Einnahmen und lassen sie dadurch an Kraft und Festigkeit zunehmen. Auf dieser Gegenleistung allerdings müssen die Gewerkschaften umso mehr bestehen, weil ja gerade die Politik der Vollbeschäftigung eine große Verführung und Verlockung für sie darstellt. Die Politik der Vollbeschäftigung macht die Arbeitskraft knapp, sodass die Gewerkschaften Lohnkämpfe mit großen Chancen des Erfolges auslösen könnten. Der Lohnstopp unter einem Regime der Vollbeschäftigung bedeutet, viele Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt unausgenutzt zu lassen.

Das alles ruht auf der Voraussetzung, dass die Regierung für ihren Pakt mit den Gewerkschaften eintreten kann. Die politische Gleichgewichtslage, die nahezu durch die Wahlen erreicht worden ist, kann also erhebliche Rückwirkungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Englands haben. Der Soziologe und Wissenschaftler mag es beinahe bedauern, dass die Konservativen nicht an die Macht gekommen sind, weil dieses Experiment einer konservativen Regierung nach fünf Jahren Planwirtschaft und unter Beibehaltung wesentlicher planwirtschaftlicher Maßnahmen die Anatomie des modernen sozialen und wirtschaftlichen Prozesses auf interessante Weise bloßgelegt hätte. Es liegt ja auf der Hand, dass eine Reihe der Planungsmaßnahmen der Arbeiterregierung nicht eingegeben waren vom sozialistischen Programm der Arbeiterregierung, sondern von den elementaren wirtschaftlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten Englands. Ein Großteil der Planung der Labourregierung wuchs aus dem weltwirtschaftlichen Existenzkampf Englands heraus, und nur ein ganz unwesentlicher Teil dieser Planung hätte von den Konservativen aufgegeben werden können. Zu dieser Planung gehört aber in einem hohen Maß der „geplante Lohn“, und der geplante Lohn ist nicht möglich ohne einen Pakt mit den Gewerkschaften. Vielleicht liegt also die Weltbedeutung der britischen Wahlen darin, zu erweisen, dass England den weltwirtschaftlichen Kampf ohne die Labour Party nicht mehr durchstehen kann, weil und solange die Labour Party die Gewerkschaften sind.